



Rat der deutschsprachigen Jugend

Eupen, den 14. September 2015

RdJ-Stellungnahme zum Freihandelsabkommen TTIP

Der Rat der deutschsprachigen Jugend (RdJ) stellt fest:

dass seit dem 19.12.2014 Vertreter der EU beauftragt sind, mit Vertretern der USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (TTIP) zu führen;

dass diese Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne die nötige Transparenz gegenüber dem Europäischen Parlament und somit den Bürgern der EU-Staaten geführt werden;

dass im Rahmen dieser Verhandlungen über die Einführung von Schiedsgerichten (ISDS-Mechanismus) nachgedacht wird, die dem Privatsektor die Möglichkeit gäben, die Macht der öffentlichen Hand auszuhöhlen und somit umgehen zu können;

dass die bisher bekannten Aspekte ebenfalls vorsehen, nationale Standards bzgl. Qualität, Nachhaltigkeit, Verbraucher-, Daten- und Umweltschutz anzugleichen, was unter aktuellem Verhandlungsstand zu einer Verringerung derselben für alle Vertragspartner führen würde;

dass Konzerne über das Abkommen noch mehr und früher Einfluss auf die Gesetzgebung, insbesondere auf neue Gesetzesvorschläge, nehmen könnten;

dass vor diesem Freihandelsabkommen weitere Abkommen (CETA und TISA) zur Debatte stehen, die ebenfalls teilweise unter die oben genannten Kritikpunkte fallen;

dass die DG-Regierung einen Katalog mit neun Forderungen vorgestellt hat, der unter anderen die oben angeführten Feststellungen aufgreift und diese für unvereinbar mit den politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Regierung erklärt.

Der RdJ ist überzeugt:

dass gerade in einer globalisierten Welt Handel, egal welcher Art, und Zusammenarbeit unumgänglich sind;

dass internationale Abkommen um diesen Handel zu schützen und zu fördern notwendig sind;

dass Qualität, Verbraucher-, Daten-, Umweltschutz und Nachhaltigkeit genau so wichtig wie internationaler Handel sind und solche Abkommen deswegen unbedingt diese Grundsätze respektieren müssen;

dass bei den Verhandlungen deshalb der größte- und nicht der kleinstegemeinsame Nenner zählen sollte; also durch solche Abkommen die Standards in den beteiligten Staaten erhöht, und nicht verringert werden sollen;

dass der Privatsektor durch die Schiedsgerichte eine gesonderte, nicht öffentlich kontrollierbare und voreingenommene Gerichtsbarkeit erhält, welches in keinem Maße den Demokratischen Grundsätzen unserer Gesellschaft entspricht;

dass schon bestehende, ähnliche Abkommen (TLCAN) deutlich gezeigt haben, dass durch ein Freihandelsabkommen, wie es zurzeit zur Debatte steht, nur bedingt Vorteile für die breite Bevölkerung entstehen;

dass durch niedrigere Standards Verbraucher geschädigt, die Umwelt belastet und das Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich weiter auseinander getrieben werden könnte und dass somit die angeblichen Vorteile, die Befürworter des Abkommens zitieren, nicht zum Wohle Aller, sondern nur einiger, weniger Menschen und Unternehmen sein könnten;

dass TTIP durch die oben genannten Aspekte die Souveränität der beteiligten Staaten untergraben und die Lebensbedingungen der Bürger negativ beeinträchtigen könnte;

dass insbesondere Kinder und junge Menschen, die noch ganz am Anfang ihres Lebens stehen, durch den Staat geschützt werden müssen;

dass der Staat nach der Unterzeichnung eines solchen Dokuments in der Wahrnehmung seiner Schutzfunktion eingeschränkt werden könnte, sei es den Bürger- oder die Umwelt betreffend, in der unsere Kinder und Jugendlichen aufwachsen;

dass darüber hinaus öffentliche Finanzen, und somit wertvolle Steuergelder durch die Schiedsgerichte an Unternehmen und somit einige wenige Aktionäre fließen könnten;

dass diese Steuergelder somit nicht mehr, ihrer Bestimmung entsprechend, zum Wohle der gesamten Bevölkerung verwendet werden könnten;

dass Bildung, Kultur und Förderungsmaßnahmen jeglicher Art oft als erste unter Sparzwängen und dem Abbau von Standards leiden und dass gerade junge Menschen, die meistens Nutznießer solcher Programme und Institutionen sind, davon betroffen wären.

Der RdJ beschließt:

die Regierung der DG in ihren Forderungen an die Verhandlungsführer zu bestärken und das Parlament der DG durch vorliegende Resolution zur einstimmigen Ablehnung der Abkommens aufzufordern, sollten diese Forderungen in dieser oder wirkungsgleicher Form nicht berücksichtigt werden;

die Entscheidungsträger auf lokaler-, gemeinschaftlicher-, nationaler- und europäischer Ebene aufzufordern, sich bei Verhandlungen für internationale Abkommen im Allgemeinen für eine Erhöhung von Standards in Sachen Qualität, Verbraucher-, Daten-, Umweltschutz und Nachhaltigkeit einzusetzen, auf die Wahrung der Souveränität der öffentlichen Hand und auf die Einhaltung von demokratischen Werten und Prozeduren vor, während und nach den Verhandlungen zu bestehen;

die genannten Entscheidungsträger auf die besondere Bedeutung solcher Abkommen für Kinder und Jugendliche hinzuweisen, insbesondere was die Erhaltung eines lebenswerten Umfelds und von Zukunftsperspektiven angeht;

diese Personen abschließend aufzufordern, sich für eine schnelle Stärkung der Rolle des europäischen Parlaments einzusetzen, und somit darauf hin zu arbeiten, dass künftige Verhandlungen auf europäischer und globaler Ebene von Beginn an transparenter und auf der Grundlage demokratischer Prinzipien gestaltet werden. Als Volksvertretung sollte das europäische Parlament mehr Gewicht haben als die Verwaltungsbeamten der europäischen Kommission.

Der Verwaltungsrat
des RdJ